

2. Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend (Gesunde Jugend Jetzt!)

Antrag des Regierungsrates vom 21. Juni 2023 und Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 3. Oktober 2023

Vorlage 5920

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Eintreten auf Volksinitiativen ist obligatorisch. Wir führen zuerst eine Grundsatzdebatte.

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Ich möchte kurz mit ein paar Zahlen beginnen, und zwar mit dem Ergebnis einer UNICEF-Studie (*Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen*) aus dem Jahre 2021 zur psychischen Gesundheit unserer Jugend in der Schweiz. Ein Drittel der 14- bis 19-jährigen in der Schweiz ist von psychischen Problemen betroffen. Jeder elfte Jugendliche hat schon versucht, sich das Leben zu nehmen. Die neueste Schweizer Gesundheitsbefragung, die erst kürzlich, vor ein paar Tagen, veröffentlicht wurde, bestätigt diese Zahlen. Insbesondere bei jungen Frauen sind bis zu einem Drittel psychisch belastet.

Dies sind alarmierende Ergebnisse, daher auch gleich schon mal vorweg: Sowohl der Regierungsrat beziehungsweise die Gesundheitsdirektion als auch die KSSG haben dies erkannt und sehen hier Handlungsbedarf. Die Kommission folgt daher auch einstimmig dem Antrag des Regierungsrates und stimmt der vorliegenden Initiative «Gesunde Jugend jetzt!» der Jungen Mitte, einiger Berufsverbände, betroffener Organisationen und weiterer Jungparteien zu und will den Regierungsrat mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage beauftragen. Es ist auch, soviel ich weiss, eine kleine Premiere, denn es wurde noch nie eine Volksinitiative in der Form der allgemeinen Anregung sowohl von der Regierung als auch vom Parlament – voraussichtlich natürlich – unterstützt. Gerade in dieser Thematik ist dies daher ein äusserst wichtiges Zeichen. Denn wir sind hier als Gesellschaft gefordert und insbesondere als Politikerinnen und Politiker stehen wir hier in der Verantwortung. Psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen sollen früh erkannt und behandelt werden, noch besser, das wäre die Vision: Es soll gar nie so weit kommen.

Die Vertretung des Initiativkomitees und die unterstützenden Verbände haben uns auch im Rahmen der Kommissionsarbeit zu dieser Vorlage die Probleme und vor allem die grossen Herausforderungen, die sich aktuell in diesem Thema stellen und die diesbezüglich sicherlich noch weiter auf uns zukommen werden, darlegen können.

Wie soll dies nun im Rahmen dieser Initiative geschehen beziehungsweise was ist der KSSG dabei wichtig, wenn sie nun vorliegend dem Kantonsrat beantragt, dem Antrag der Regierung zu folgen, und sie mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage beauftragt? Ich möchte dafür ganz kurz drei Punkte aus dem Bericht der Kommission nochmals betonen:

Erstens: Die Kommission sieht insbesondere in der Förderung der psychischen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen einen Schwerpunkt, bei der Prävention. Es soll möglichst nicht dazu kommen, dass Kinder und Jugendliche durch psychische Belastung Leid erfahren und belastet werden. Hier spielen viele verschiedene Faktoren eine Rolle. Diese Art der Prävention ist mehrdimensional, das wissen Sie alle. Das heisst, dass es auch konkret mehrere Direktionen betrifft oder betreffen wird, welche hier in der Verantwortung stehen. Und die Kommission wünscht sich hier insbesondere eine enge Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Gesundheitsdirektion, Stichwort «Schulsozialarbeit auf allen Stufen», «Sensibilisierung der Lehrpersonen zum Thema «psychische Belastung, Gesundheit», «Jugendhilfe-Stellen» und «Fachbereich Gemeinwesenarbeit des AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*)».

Denn nur mit der Prävention – und damit komme ich zum zweiten Punkt – werden wir der Zielgrösse, einer Wartezeit von sechs Wochen beim Zugang zu einer entsprechend nötigen Therapie für Kinder und Jugendliche, näherkommen, welche sich eine Mehrheit der KSSG wünscht. Eine Minderheit der Kommission ist skeptisch gegenüber der Festsetzung einer konkreten Frist und plädiert für die Formulierung einer «möglichst raschen Aufnahme der Behandlung».

Dies wiederum steht natürlich direkt im Zusammenhang mit dem nun folgenden dritten Punkt, welcher im Gesundheitswesen leider allgegenwärtig ist, dem Fachkräftemangel. Die Kommission diskutierte in diesem Zusammenhang auch über die Weiterbildung der Psychologinnen und Psychologen zu Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten beziehungsweise über die Attraktivität dieser Berufsrichtung. Psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten insbesondere im Kinder- und Jugendbereich spielen eine immer wichtigere Rolle. Dies zeigt sich seit längerem im stationären Bereich, wo es schlicht nicht mehr ohne sie gehen würde, da in der ärztlichen Psychotherapie ein grosser Mangel an Fachpersonen besteht. Nun wollen wir stationäre Behandlung verständlicherweise möglichst verhindern, und es braucht gerade im ambulanten Bereich mehr Fachpersonen. Hier würde es eine Kommissionsmehrheit begrüessen, wenn der Regierungsrat in seiner Umsetzungsvorlage zur Initiative auch diesem Aspekt Rechnung tragen würde. Eine Minderheit zeigt sich diesbezüglich zurückhaltend und warnt vor zusätzlichen Kosten. Bezüglich der Kosten erwähne ich kurz die Ausführungen der Gesundheitsdirektion in ihrem Bericht zum Antrag des Regierungsrates: Im KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) wurden insgesamt 16 Millionen Franken bereits eingestellt für die Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Hier hat die Gesundheitsdirektion im Rahmen der Spitalplanung 2024 bereits über die konkreten zusätzlichen Massnahmen berichtet. Bereits entschieden hat der Regierungsrat im März 2023 auch über die Beiträge an die Zürcher Listenspitäler für die ärztliche Weiterbildung in der Hausarztmedizin, der Kinder- und Jugendmedizin, der Psychiatrie und Psychotherapie sowie – und das hier besonders wichtig in diesem Zusammenhang – der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie erhöht. Dies betrifft jedoch nur die ärztliche Weiterbildung und nicht die der psychologischen Psychotherapie, die

ich zuvor ausgeführt habe. Für die Prävention und Gesundheitsförderung beziehungsweise für das entsprechende Legislaturziel im Bereich der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sind im KEF 2024 bis 2027 insgesamt 3,7 Millionen Franken eingestellt.

Da im Rahmen der Umsetzung der vorliegenden Volksinitiative ein besonderer Fokus auf den Ausbau vorgelagerter niederschwelliger Angebote zur Früherkennung gelegt werden soll, beabsichtigt die Gesundheitsdirektion im Rahmen der bevorstehenden Umsetzungsvorlage zur vorliegenden Initiative, zusätzlich bis zu 4 Millionen Franken in den Präventionsbereich zu investieren.

Abschliessend möchte ich nochmals betonen: Der Antrag der KSSG ist einstimmig. Die Kommission sieht Handlungsbedarf. Wo, das haben wir ebenfalls im Bericht dargelegt und wird von den Fraktionssprechenden sicher nochmals ausgeführt. Ich bitte Sie, diesem Antrag ebenfalls zu folgen, der Volksinitiative zuzustimmen und die Regierung mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage, die der Initiative entspricht, zu beginnen. Frau Regierungsrätin (*Natalie Rickli*), wir zählen auf Sie. Besten Dank.

Daniela Rinderknecht (SVP, Wallisellen): Wenn ein Kind erkrankt, sei das körperlich oder psychisch, wenn sich ein Kind in einer psychischen Notsituation befindet, gerät die Welt aus den Fugen oder bleibt stehen. Ein unglaublicher Sturm kommt auf für das betroffene Kind. Für die Jugendlichen wie auch für die Familie ist es eine äusserst schwierige und belastende Situation. Man möchte doch alles dafür tun, damit es dem Kind so schnell wie möglich wieder gut oder wenigstens besser geht, und dazu möglichst rasch die benötigte Hilfe und Unterstützung, einen Therapieplatz oder einen Klinikplatz erhalten. Das möchte die SVP/EDU-Fraktion auch. Wir teilen grundsätzlich das Anliegen des Initiativkomitees.

Worum es in der Volksinitiative der Jungen Mitte geht, hat der Kommissionspräsident bereits ausgeführt. Wir anerkennen den erhöhten Bedarf in diesem Bereich, stellen aber auch fest, dass unsere Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli dies auch tut und bereits diverse Massnahmen getätigt hat und so schon über 90 Prozent oder zumindest die meisten Punkte der Initiative, unabhängig davon, umgesetzt hat. Lassen Sie mich Ihnen ein paar umgesetzte Massnahmen erläutern:

Im Juni 2021 wurde ein Massnahmenpaket mit entsprechender finanzieller Unterstützung von fast 8 Millionen Franken bereitgestellt, um unter anderem mehr stationäre und ambulante Kapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie bereitzustellen. Damit bei Feststellung von psychischer Belastung das Notfallsystem entlastet werden kann und möglichst rasch auf niederschwellige Weise geholfen werden kann, hat der Regierungsrat im Mai 2022 im ganzen Kanton Notfall-Teams der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung gestellt. Diese Notfall-Teams sind bei den Jugendhilfestellen des Amtes für Jugend und Berufsberatung angesiedelt und sollen schnell und jederzeit einsetzbar sein und aufsuchend arbeiten. Vorerst sind diese Notfall-Teams auf vier Jahre befristet. Nach drei Jahren wird deren Wirksamkeit evaluiert und über das weitere Vorgehen entschieden.

Mit der Eröffnung des Kriseninterventionszentrums für Jugendliche an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (*PUK*) Anfang Oktober 2022 konnten alle

sieben Massnahmen aus dem ersten Massnahmepaket der GD (*Gesundheitsdirektion*) umgesetzt werden. Damit konnte eine Stabilisierung der Situation erreicht werden, allerdings immer noch auf einem hohen Auslastungsniveau.

Im November 2022 wurden weitere 6 Millionen Franken gesprochen, um bestehende Massnahmen weiterzuführen und den Aufbau zusätzlicher Angebote, wie die neu eröffnete Tagesklinik der IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland*) oder das neue Home-Treatment-Angebot für psychisch schwerkranke Kinder und Jugendliche der PUK unterstützen zu können. Der Kommissionspräsident hat es bereits gesagt, weitere 16 Millionen Franken wurden für den Zeitraum 2024 bis 2027 zur weiteren Unterstützung der Massnahmen gesprochen. Zudem sollen nochmals 4 Millionen Franken für die Prävention und die Früherkennung gesprochen werden. Sie sehen, es wurden finanzielle Ressourcen gesprochen und auch viele Massnahmen getätigt für die Gesundheit unserer Kinder.

Ein Wermutstropfen ist tatsächlich, dass die Wartezeit für Eintritte für stationäre Aufenthalte, welche dringend sind, für Betroffene nicht zufriedenstellend ist. Bei ordentlichen Eintritten dauert die durchschnittliche Wartezeit 29 Tage. Die Initiative fordert vier Wochen. Die SVP möchte aber festhalten, dass Kinder in Not-situationen oder sehr dringenden Fällen innert zwei Wochen einen Therapieplatz erhalten. Und seien wir ehrlich, wenn es um Kinder geht, um das eigene Kind, kann es uns als Betroffenen nie schnell genug gehen; das ist nachvollziehbar. Die SVP empfindet die durchschnittliche Wartezeit für den grössten Kanton der Schweiz als hoch, aber unter den Gegebenheiten mit dem Fachkräftemangel als ordentlich. Deshalb macht es für die SVP auch keinen Sinn, eine fixe Zahl in ein Gesetz zu schreiben.

In der Kommission gab nebst der Wartezeit auch das Thema der Prävention zu diskutieren. Prävention ist wichtig und beginnt bereits im Elternhaus, in der Schule, im Arbeitsumfeld, in Vereinen, also überall im täglichen Leben. Die Kinder verbringen während der obligatorischen Schuljahre sehr viel Zeit in der Schule. Was in der Schule läuft, ist prägend. Der Wunsch der Initiative, dass mehr Geld für mehr Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter zur Verfügung gestellt wird, damit diese ausgebildet werden können und mehr Personal eingestellt werden kann, um die Prävention und die Früherkennung zu fördern, um Probleme schneller angehen zu können, wurde auch in der Kommission diskutiert. Hier möchte die SVP festhalten, dass die schulpsychologischen Dienste zur Bildung gehören und nicht zur Gesundheitsdirektion. Die SVP ist sich sicher, dass die Bildungsdirektion sich der Wichtigkeit von Prävention in der Schullandschaft bewusst ist. Es ist aber auch Sache jeder einzelnen Schule und des Schulteams, wie sie mit Schwierigkeiten in Klassen oder mit einzelnen Kindern umgeht, wie schnell und wie sorgfältig reagiert wird.

Die SVP ist der Meinung, dass der Regierungsrat mit den bereits erfolgten Massnahmen und den noch geplanten Massnahmen 95 Prozent der Volksinitiative erfüllt. Es ist spürbar, dass der Regierungsrat die Problematik erkannt hat und alles dafür tut, den Kindern und Jugendlichen in diesen schwierigen Situationen zu hel-

fen. Dabei möchte die SVP/EDU-Fraktion den Regierungsrat unterstützen. Deswegen beantragen wir, dem Antrag zu folgen und dem Regierungsrat mit einer Ausarbeitung ohne Gegenvorschlag zuzustimmen. Besten Dank.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Es gibt nichts zu beschönigen, die psychische Gesundheit unserer Jugend ist prekär. Ich verweise da auf die Ausführungen unseres Kommissionspräsidenten, Andreas Daurù, möchte aber daran erinnern, dass das Bundesamt für Statistik 2022 eine beispiellose Anzahl an Hospitalisationen von Kindern und Jugendlichen im psychischen Bereich festgestellt hat. Und wir haben die Zahlen gehört. Man muss sich aber vor Augen führen, dass früher rund 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen eines Jahrgangs an psychischen Problemen litten und die Zahl in der Zwischenzeit auf 30 Prozent gestiegen ist. Man muss sich das mal vorstellen: Knapp ein Drittel der Kinder und Jugendlichen haben psychische Probleme. Depressionen, Zwangsstörungen, Selbstverletzungen oder gar Suizidversuche sind die Folge dieser erschreckenden Zahl. Die Direktorin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie des Kantons Zürichs drückte es in einem Interview kürzlich sehr pointiert aus. Sie sagte: «Kinder und Jugendliche leben seit zehn Jahren in einer Dauerkrise.» Insofern ist es geradezu tragisch, dass die Initiative «Gesunde Jugend jetzt!» überhaupt notwendig wurde, denn bei derartigen Entwicklungen erwarte ich von den Verantwortlichen für die öffentliche Gesundheit, dass ohne Wenn und Aber massiv in die Gesundheitsversorgung, in die psychische Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche investiert wird.

Die Gesundheitsdirektion des Kanton Zürichs betont, dass der Kanton Zürich eine gute psychische Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche hat. Grundsätzlich möchte ich dem zustimmen, die Betonung liegt aber auf dem Wort «grundsätzlich». Es ist zu begrüßen, dass der Regierungsrat die Initiative zur Annahme empfiehlt. Und ebenfalls anerkennt und honoriert die SP-Fraktion, dass die Gesundheitsdirektion bereits einige Verbesserungen in die Wege geleitet hat, wobei ich auf die Ausführungen des Kommissionspräsidenten oder meiner Vorrednerin, Frau Rinderknecht, verweise. Wir anerkennen und schätzen das. Und doch erstaunt angesichts des Ausmasses der Problematik, wie zögerlich der Regierungsrat die Initiative umsetzen will. Ja, wir begrüßen die Massnahmenpakete, aber sie gehen eben zu wenig weit. Die Massnahmenpakete entsprechen einem Problem der Alarmstufe orange, wir sind aber bei der Alarmstufe rot, die droht, ins Dunkelrote abzudriften, wenn wir nicht entscheidend Gegensteuer geben. Besonders störend ist, dass der Regierungsrat einen wesentlichen Punkt der Initiative nicht umsetzen will. Denn die Initiative verlangt, die Wartezeit für eine ambulante Therapie auf vier Wochen zu reduzieren. Dies wird von der Gesundheitsdirektion als unrealistisch beiseite gewischt. Derzeit betragen die Wartezeiten für ambulante Therapien beispielsweise bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie sechs bis neun Monate. Man muss sich das einmal vorstellen: Eine Jugendliche rutscht in Depressionen. Die verzweifelten Eltern melden ihre Tochter für eine Therapie an, suchen verzweifelt nach Jugendtherapeutinnen und -therapeuten und kriegen rei-

henweise Absagen oder eine Wartezeit von fast einem Jahr. Das ist in Teenagerjahren eine enorm lange Zeit, eine prägende Zeit, eine risikobehaftete Zeit. Denn sämtliche Studien und Fachpersonen bestätigen: Unbehandelte psychische Belastungen drohen schlimmer und grösser zu werden. Aus Mangel an Behandlungsmöglichkeiten beginnen Teenager nicht selten mit Selbstmedikation, wie beispielsweise mit Betäubungsmitteln, oder entwickeln Störungen, wie zum Beispiel Panikattacken, Essstörungen, oder verletzen sich selber. Und das alles, obschon sie bereit wären, Hilfe in Anspruch zu nehmen, und auf einen Therapieplatz warten. Die Folgen davon sind auch finanziell verheerend. Die Behandlungsdauer wird länger und es werden teilweise auch Einweisungen in Kliniken notwendig, was um ein x-faches teurer ist als eine ambulante Behandlung. Deshalb ist es auch folgerichtig, dass sich die Gesundheitskommission des Kantonsrates in einer Koalition der Vernunft für unsere Jugend, bestehend aus FDP, GLP, EVP, SP, Grüne und AL, darauf geeinigt hat, von der Gesundheitsdirektion einen Richtwert von maximal sechs Wochen bei der Wartezeit für ambulante Therapien anzustreben. Auch wenn dies derzeit aufgrund des Fachkräftemangels nicht sofort umsetzbar ist, erwarten wir klipp und klar, dass dieses Ziel in der Umsetzungsvorlage verankert und alles Mögliche getan wird, um diesem Ziel möglichst nahe zu kommen.

Dazu gehört auch ganz klar eine forcierte Ausbildungsoffensive von Kinder- und Jugendpsychologinnen und -psychologen. Während die Regierung vorsieht, die Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie zu forcieren und dafür mit Beiträgen von bis zu 25'000 Franken pro Person zu unterstützen, gehen die Psychologinnen und Psychologen leer aus. Das ist nicht akzeptabel und auch nicht vorausschauend. Denn gerade Kinder- und Jugendpsychologinnen und -psychologen sind dringend notwendig, um ambulante Therapien anbieten zu können, und das, bevor sich die psychischen Belastungen zu derart schweren Erkrankungen entwickeln, dass nur noch die Jugendpsychiatrie schlimmstenfalls mit Einweisung in Kliniken als Behandlungsmöglichkeiten bleiben. Deshalb fordern wir, dass auch die Psychologinnen und Psychologen, die sich zu Kinder- und Jugendtherapeutinnen und -therapeuten weiterbilden wollen, dieselben Ausbildungsbeiträge erhalten wie Ärztinnen und Ärzte. Der Betrag von 25'000 Franken entspricht im Übrigen nicht mal der Hälfte dieser Aus- oder Weiterbildungskosten. Dies und weil wir ohnehin immer weniger Psychiaterinnen und Psychiater, Psychologinnen und Psychologen haben – bei steigender Nachfrage – ist die SP auch der Ansicht, dass die Beträge für die Weiterbildung erhöht werden müssen, und hat im Budget einen entsprechenden Antrag gestellt. Aber heute tragen wir natürlich den Kompromiss einer Kommissionskoalition aus FDP, Mitte, GLP, EVP, Grünen und AL mit, die Weiterbildungsbeiträge der Psychologinnen und Psychologen jenen der Ärzteschaft anzugleichen.

Wir erwarten zudem, dass die Gesundheitsdirektion eng mit der Bildungsdirektion im Bereich Prävention zusammenarbeitet. Dabei begrüsst die SP ausdrücklich, dass die Bildungsdirektion Schulsozialarbeitende an den Berufsschulen einführen will, und dankt für diesen wichtigen Schritt. Wir sind jedoch der Ansicht, dass auch an den Berufsschulen psychologische Unterstützung angeboten werden

muss. Denn wir alle wissen, dass gerade der Übergang von der Sekundarstufe in die Berufswelt für Jugendliche eine enorme Herausforderung darstellt. Investitionen in diesem Bereich würden daher nicht nur die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verbessern, sondern auch Lehrabbrüche reduzieren und somit dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Ich schliesse mein Votum mit einem grossen Dank an die Initiantinnen und Initianten, allen voran den Präsidenten des Initiativkomitees, Benedikt Schmid, für das unermüdliche Engagement für eine gesunde Jugend. Ebenfalls danken wir dem Regierungsrat für die Annahme der Initiative, möchten aber gleichzeitig daran erinnern, dass die Kommission in einer deutlichen Mehrheit Erwartungen an die Regierung bei der Umsetzung der Initiative gestellt hat. In diesem Sinne auch herzlichen Dank an fast alle Fraktionen in diesem Rat, welche sich auf die im Kommissionsbericht festgehaltenen Kompromisse geeinigt hat – zugunsten einer gesunden Jugend. Wir werden die Umsetzung der Initiative seitens der SP-Fraktion sehr genau beobachten und hoffen, dass keine Durchsetzungsinitiative notwendig wird. Besten Dank.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich): «Gesunde Jugend jetzt!» ist ein ausgezeichnete Titel für eine Initiative. Wer könnte denn dagegen sein, dass die Jugend gesund sein soll? Entsprechend ist auch keine politische Partei gegen diese Initiative. Auch wir von der FDP stimmen zu und sind erfreut, dass die Regierung diese Initiative annehmen will.

Ich persönlich finde es gut, dass hier grundsätzlich eine breite politische Einigkeit von ganz links bis ganz rechts zu herrschen scheint. Und auch ich danke dem Initianten und dem Komitee für diese Initiative. Gibt es nun nichts mehr zu diskutieren? So weit würde ich dann doch nicht gehen. Wir haben es gehört, es sind oft die Details, die dann doch einen Unterschied machen, und so ergreife auch ich hier gerne die Gelegenheit aufzuzeigen, welche Punkte der FDP wichtig sind und wo wir gewisse Fragezeichen setzen:

Für die FDP ist der Präventionsaspekt sehr entscheidend. Wir müssen alles daran setzen, dass es gar nicht so weit kommt, dass unsere Kinder kinderpsychologische oder kinderpsychiatrische Betreuung benötigen. Natürlich, es ist gut, dass mit diesem Thema heute offener umgegangen wird und Hilfe rechtzeitig beansprucht wird. Noch besser wäre es, es wäre gar nicht nötig, dass Kinder psychologische oder psychiatrische Betreuung benötigen. Präventive Massnahmen sind entscheidend, und dabei spielen unter anderem – wir haben auch das gehört – die Schulen, die medizinische Grundversorgung und stabile familiäre Verhältnisse eine Rolle. Die Schule fällt in den Bereich der Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*), sodass bei dieser Initiative auch eine Zusammenarbeit von Gesundheits- und Bildungsdirektion unserer Meinung nach sehr wichtig ist. Diese Zusammenarbeit ist insbesondere bei der Prävention entscheidend.

Es ist ebenfalls eine Tatsache, dass die Wartezeiten besonders für ambulante psychologische und psychiatrische Abklärungen bei den Kindern unverhältnismässig und teilweise geradezu verantwortungslos lange dauern. Daraus folgen viele unnötige und teure Notfall-Zuweisungen. Die Kinder werden also primär auf der

allgemeinen Notfallstation gesehen und ein Kinderpsychiater oder Kinderpsychologe muss notfallmässig aufgeboten werden. Auch hier haben wir als FDP einen Konsens mit den Initianten, dass die Wartezeiten kürzer werden müssen. Allerdings muss man bei der Dauer einer akzeptablen Wartezeit für eine Therapie auch realistisch bleiben. Das Wünschbare ist leider nicht immer das Machbare und das Finanzierbare. Vermutlich ist die von der Initiative geforderte Verkürzung der Wartezeit auf vier bis sechs Wochen in der jetzigen Situation schon sehr, sehr ambitioniert.

Unschön an der jetzigen Situation ist übrigens auch, dass es aufgrund von Kapazitätsengpässen immer wieder einmal zu ausserkantonalen stationären Einweisungen weit weg von der Familie des Patienten kommen kann. Gerade während der Corona-Zeit (*Covid-19-Pandemie*) gab es einen Peak an Zuweisungen auf den Kindernotfällen. Allerdings war das Thema auch schon zuvor virulent und ist es weiterhin. Der grosse Informationsfluss der Gesellschaft, Social Media und auch die unsichere globale Grosswetterlage verunsichern vor allem Jugendliche teilweise sehr. Andererseits erleben wir eine Enttabuisierung von psychischen Problemen, was ja grundsätzlich gut ist. Das Angebot an psychiatrischer und psychologischer Hilfe ist also knapp. Leider ist es finanziell weniger attraktiv, Kinderpsychiater zu werden, denn die Weiterbildung kostet viel und das Gehalt als ausgebildeter Kinderpsychiater ist am untersten Spektrum aller ärztlicher Facharzt-richtungen. So ist es wenig erstaunlich, dass die FMH-Ärztestatistik 2022 (*Schweizerische Ärztevereinigung*) insgesamt 40'000 Ärztinnen und Ärzte im Einsatz für die Patienten ausweist, davon nur 2140 in der Kinder- und Jugendmedizin. Bei den Kinder- und Jugendpsychiatern gibt es in der Schweiz total sogar nur 742. Der Jugendquotient in der Bevölkerung, also der Anteil der null- bis 19-jährigen, betrug 2022 gemäss Bundesamt für Statistik wiederum knapp ein Drittel der Bevölkerung. Klar, Kinder und Jugendliche sind in der Regel gesund, zum Glück sind sie es. Das BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) hält fest, dass rund 80 bis 90 Prozent der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesund sind. Dennoch sind es im Umkehrschluss rund 10 bis 20 Prozent dieser Altersgruppe, die psychisch gefährdet oder krank sind. Diese Zahlen zeigen auch klar, dass rund 700 Kinderpsychiater wohl nicht übermässig viele Ärzte sind.

Die Regierung hat in der Kommission und auch in den Regierungsratsbeschlüssen (*RRB*) aus dem Jahr 2021 und 2022 bereits dargelegt, dass sie daran ist, dieses Thema anzupacken. Die von der Regierung geplanten Massnahmen gehen in die von den Initianten gewünschte Richtung, und das freut uns sehr. An dieser Stelle möchte ich insbesondere auf RRB 598/2021 hinweisen, der ein Massnahmenpaket für die Versorgungssituation für die Kinder- und Jugendpsychiatrie definiert hat, oder auch auf RRB 1476/2022, in welchem die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung ebenfalls gefördert und subventioniert wird.

Die FDP wird die Umsetzung der Initiative gerne begleiten und, wie erwähnt, insbesondere mit dem Fokus auf die Prävention, und das sinnvollerweise Machbare und Finanzierbare im Auge behalten.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Die psychische Gesundheit von jungen Menschen ist die Basis für ein eigenständiges, selbstbestimmtes und in der Gesellschaft aktives Leben. Der Auftrag ist klar: Der Kanton trifft die nötigen Massnahmen, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärker zu fördern und die Verhütung, Früherkennung und Früherfassung psychischer Erkrankungen zu verbessern. Dazu initiiert oder subventioniert er gesundheitsfördernde und präventive Angebote. Vielen Dank, liebe Junge Mitte, für diese Initiative.

Die Tatsache, dass junge Menschen für eine Terminfindung für einen ambulanten Termin oft bis zu neun Monaten warten müssen, ist unhaltbar, aber Realität. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Wenig Fachpersonal, also Psychologinnen und Psychologen, Psychiaterinnen und Psychiater, schlechtere Entlohnung dieser Berufsgruppen gegenüber anderen, viel mehr nötige Behandlungen et cetera. Dies soll nicht sein. Dass dies so ist, dafür kann kein Kind, kein junger Mensch etwas, aber sie leiden über eine so lange Wartezeit. Ihr Alltag, wie Schule, Lehre, Studium, Familienleben, Freizeitbeschäftigung und einiges mehr, ist teilweise fast nicht mehr lebbar. Dies darf nicht sein. Das präventive Angebot, in dem die verstärkte Förderung von psychischer Gesundheit von jungen Menschen im Mittelpunkt steht, ist zu unterstützen, es ist elementar. Gesunde junge Menschen, also ganzheitlich gesund, ist unser grösster Schatz. In jedem Bereich des Lebens ist psychische wie physische Gesundheit elementar, um sich entwickeln zu können, sein Leben gut zu leben. Das präventive Angebot, in dem die verstärkte Förderung der psychischen Gesundheit junger Menschen im Mittelpunkt steht, soll unterstützt werden. Psychische Erkrankungen sind somit früher zu erkennen und auch zu behandeln.

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine ausformulierte Vorlage zu erarbeiten, die der Initiative entspricht. Es ist uns wichtig, dass die Wartezeiten für einen ambulanten Termin massiv verkürzt werden. Aktuelle Zustände, bei denen Kinder und Jugendliche bis neun Monate auf einen ambulanten Behandlungstermin warten, sind nicht haltbar. Eine Wartefrist bis sechs Wochen sehen wir als anzustrebendes Ziel. Dies bedingt einiges an Effort, dies ist uns bewusst. Deshalb erwarten wir, dass die Förderung der psychischen Gesundheit von jungen Menschen als Schwerpunkt in der Prävention erachtet wird. Besonders wichtig ist eine gute Zusammenarbeit zwischen der Gesundheits- und der Bildungsdirektion im Schulbereich. Denn junge Menschen sind davor zu schützen, dass sie überhaupt in eine therapiewürdige Situation geraten. Und leider sind in den Berufsgruppen der Psychologinnen und Psychologen viel zu wenige, die sich zu Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten ausbilden lassen. Somit ist entscheidend, dass nicht nur genug, sondern viel getan wird, um die Attraktivität der Weiterbildung von Psychologinnen und Psychologen zu Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten aufzuzeigen und zu ermöglichen. Die GLP-Fraktion unterstützt die Initiative.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Die Grünen unterstützen die Initiative selbstverständlich, denn die aktuelle Situation ist schlimm, und dies seit Jahren. Wir haben 2020 mit der Anfrage «Stationäre psychiatrische Versorgung von Kindern

und Jugendlichen» (*KR-Nr. 82/2020*) auch auf die Problematik aufmerksam gemacht, und seither blieb die Gesundheitsdirektorin zum Glück nicht untätig. Es wurde ausgebaut und verbessert, Daniela Rinderknecht hat uns die schon durchgeführten Massnahmen detailliert aufgeführt.

Die Initiative der Jungen Mitte ist trotzdem sehr wichtig, denn es geht dabei um viel mehr. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er eine mutige und innovative Umsetzungsvorlage präsentiert, mit Massnahmen, die auf gemachten Erfahrungen schweizweit und in anderen Kantonen Bezug nimmt, und vor allem mit Massnahmen, welche die Betroffenen direkt miteinbezieht. Die Gesundheitsdirektorin vertritt die Haltung, dass sie bezüglich der Forderungen schon sehr weit sei – wir haben es von der FDP gehört, 95 Prozent sei erfüllt –, sich sozusagen schon auf der Zielgeraden befinde. Dies mag sein, wenn einem die Sicht etwas gar verstellt wird von all jenen Exponenten, welche die Flagge der Eigenverantwortung hieszen. Das reicht aber offensichtlich nicht aus bei der wachsenden Anzahl von Kindern und Jugendlichen, welche in unserer Gesellschaft krank werden, so krank, dass sie nicht mehr am Leben teilnehmen wollen oder können. Es sind keine Einzelfälle, es ist kein Individualversagen, darum ist es dringend, dass wir uns fragen: Was ist eigentlich los? Der aktuelle Jugend-Barometer der CS (*Credit Suisse, Schweizer Grossbank*) gibt Hinweise: 56 Prozent der Kinder und Jugendlichen blicken pessimistisch in die Zukunft, der höchste Wert seit Messbeginn. Ich verzichte auf die Aufzählung aller Gründe, jeder wird einen Grund dafür nennen können und damit richtigliegen. Als Grüne möchte ich jedoch einen gewichtigen Grund erwähnen, welchen auch die Jugendbeauftragte aus Winterthur (*Mireilla Stauffer*) vor einigen Monaten als Hauptsorge der Jugendlichen benannte: die Zerstörung der Umwelt. Mit kognitiven Dissonanzen umzugehen, also zu wissen, was wir tun sollten, dann aber etwas ganz anderes zu tun, darin sind Erwachsene Meister. Für Kinder und Jugendliche ist das schwieriger. Und wenn unsere Spezies diese Krise überstehen wird, dann vor allem wegen den vielen Gretas (*Greta Thunberg, schwedische Umweltaktivistin*) auf dieser Welt, wegen Kindern und Jugendlichen, die von uns Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit einfordern.

Erschreckend ist, dass im schweizerischen Monitoring zur psychischen Gesundheit 2023 nur gerade 39 Prozent der Eltern angeben, konkret zu wissen, was sie für die Stärkung der psychischen Gesundheit ihres Kindes tun können. Dazu passt die Beobachtung von Fachleuten, welche eine immer grösser werdende soziale Isolation von Jugendlichen feststellen. Waren früher vor allem ältere Menschen einsam, sind es heute auch die Jungen.

Zusammengefasst: In der Umsetzungsvorlage erwarten wir, dass die Sorgen der Kinder und Jugendlichen mitberücksichtigt werden und es nicht nur um psychiatrische und psychologische Behandlungen, sondern vor allem auch um konkrete Massnahmen zur Prävention geht. Die Kooperation zwischen Bildungs- und Gesundheitsdirektion ist Dreh- und Angelpunkt. Es braucht eine starke interprofessionelle Zusammenarbeit, und entsprechende Netzwerke müssen noch stärker etabliert werden. Ich würde es begrüssen, wenn auch die Fachexpertise aus dem Kinderschutz miteinbezogen würde. Und ja, Vorbilder sind ja nicht nur die Eltern

und Lehrerinnen und Lehrer, sondern alle Menschen, auch wir hier drin, vor allem, wenn Schulklassen auf der Tribüne sitzen. Sie schauen uns zu, wie wir mit Andersdenkenden umgehen. Immer wenn wir es schaffen, Probleme nicht zu bewirtschaften, sondern effektiv zu lösen in Kooperation, dann haben auch wir etwas zur Zuversicht beigetragen, zur Zuversicht, welche ich und Sie vielleicht, aber ganz bestimmt unsere Jugendlichen benötigen, um eben nicht pessimistisch, sondern mit Vertrauen in die Zukunft zu blicken.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Die Mitte-Fraktion ist natürlich hocheifrig, dass die Initiative Zustimmung findet, sowohl bei der Regierung als auch bei den Mitgliedern der Kommission. Die Anliegen der Initiative sind erkannt und unbestritten. Es gilt also, möglichst rasch Kinder zu identifizieren, die krank sind oder krank werden, diese möglichst rasch der geeigneten Behandlung zuzuführen und die nötigen Ressourcen bereitzustellen, damit auch diese Jugendlichen empfangen werden können. Damit haben Sie Therapie und Sekundärprävention beschlossen. Ich habe wenig darüber gehört, was zu tun ist, damit es gar nicht zu diesen Erkrankungen kommt. Ich bin überzeugt, die Regierung wird einen guten Umsetzungsvorschlag bringen, damit die Ziele erreicht werden. Der nächste Schritt besteht darin, zu identifizieren, welche die Risikofaktoren sind, die zur Erkrankung der Jugendlichen führen, und einen haben Sie bereits gehört: Das ist die Isolation. Der zweite – da haben Sie, glaube ich, ja bald Gelegenheit, im Rat darüber zu sprechen – sind finanziell prekäre Situationen, vor allem in Haushalten, in Einelternhaushalten mit einem Kind. Sie werden über die familienergänzenden Zusatzleistungen diskutieren können. Also Primärprävention ist gefragt, die Sekundärprävention läuft. Ich bin überzeugt, die Regierung wird die Therapie und die Sekundärprävention auf die Reihe bringen, und zwar über die Direktionen hinweg.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Auch die EVP unterstützt die allgemein anregende Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend, herzlichen Dank den Initiantinnen und Initianten. Die Jugend ist die Generation unserer Zukunft. Auch wenn wir als sogenannte Erwachsene nicht immer genau verstehen, was die Jugend meint und in welche Richtung sie zieht, müssen wir doch darauf achten, dass sie eine möglichst gesunde Entwicklung und einen gelingenden Start in ihr Erwachsensein erhält.

Stellen Sie sich vor, Sie haben ein medizinisches Problem und der nächste zur Verfügung stehende Arzttermin ist in sechs Monaten. Hand aufs Herz, ich wäre nicht erfreut, und schon gar nicht, wenn es um eine psychische Belastung geht, die man erkennt und angehen will. Sechs Monate leiden, das ist zu lange. Wir sehen es daher als unsere Pflicht, dass wir die Strukturen aufbessern und dass jenen Menschen, die Unterstützung in Anspruch nehmen möchten, auch genügend Fachkräfte gegenüberstehen, um ihre Gesundheit wieder ins Lot zu bringen. Auch sagen wir Ja zu einer guten und greifenden Präventionsarbeit, die früh be-

ginnt und strukturell gut verankert ist. Überwinden wir das Direktions-Silo-Denken und fokussieren auf das, was wichtig ist: Lösungen finden für eine gute Gesundheit unserer Jugend, unserer Zukunft. Besten Dank.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Als wir vor anderthalb Jahren von der Lancierung dieser Volksinitiative gehört haben, war für die Alternative Liste schnell klar, dass sie unsere Unterstützung hat. Schon seit längerem verfolgten wir mit Besorgnis die langen Wartezeiten, den Fachkräftemangel, die steigenden Zahlen von Kindern und Jugendlichen, die psychologische oder psychiatrische Hilfe benötigen. Auch in meinem privaten Umfeld und als Schulpflegerin hatte ich in den vergangenen Jahren Diskussionen mit Eltern, die lange auf einen Termin beim Schulpsychologischen Dienst warten mussten, während sich die Situation zu Hause und im Schulalltag unaufhörlich verschlechterte, oder mit Lehrpersonen über den Einsatz niederschwelliger Prävention der Schulsozialarbeit oder den Umgang mit einem Suizid an der eigenen Schule. Was mir aber die Dringlichkeit dieser Initiative so richtig vor Augen geführt hat, war das Sammeln der Unterschriften. Nicht nur hat jede angefragte Person unterschrieben. Eine Vielzahl hat uns auf der Strasse eine Geschichte aus ihrer Familie oder ihrem Umfeld anvertraut. Diese Erfahrungen decken sich mit der UNICEF-Studie aus dem Jahr 2021, in welcher 37 Prozent der befragten Jugendlichen angeben, von psychischen Problemen betroffen zu sein. 37 Prozent der 14 bis 19-jährigen, das bedeutet: Wenn Sie drei Kinder haben, ist prozentual eines betroffen. Diese Zahl ist alarmierend. Die Corona-Pandemie war ein Brandbeschleuniger, die Probleme aber schon davor bekannt.

Was kann getan werden, um diese Situation zu verbessern? Die Alternative Liste sieht hier zwei Handlungsfelder, die besonders im Fokus stehen sollten, die Bereiche Prävention und Fachkräftemangel. Erstens muss die Präventionsarbeit verstärkt und intensiviert werden. Eine enge Zusammenarbeit der Gesundheits- und der Bildungsdirektion sind hier unumgänglich. Sie muss verbessert und ausgebaut werden, um erfolgreich zu sein. Dies haben wir von der KSSG auch in unserem ergänzenden Bericht festgehalten.

Der Schulpsychologische Dienst soll auch nach der obligatorischen Schulzeit zugänglich sein, denn genau dann durchleben die Jugendlichen die Achterbahnen der Teenagerzeit. Ein erster niederschwelliger Schritt in diese Richtung wurde mit der kürzlich beschlossenen Einführung der Schulsozialarbeit an Berufsschulen getan. In der obligatorischen Schulzeit ist der Einsatz von Schulsozialarbeitenden eine sehr wertvolle Ressource, die flächendeckend besser genutzt werden könnte. Anpassungen, um dies zu erreichen, sind einfach und praktisch kostenneutral. Erstens müssen die Schülerinnen und Schüler die Schulsozialarbeitenden kennen und wissen, wo ihre Büroräumlichkeiten sind; nicht nur via Flyer, sondern zum Beispiel durch Inputs und Besuche in den Klassenzimmern. Es gibt Schulen, die das bereits so handhaben. Zweitens soll die Sozialarbeit nicht ausschliesslich der Ort sein, wo Schülerinnen hingeschickt werden, die Mist gebaut haben. Sie sollte als Ort etabliert werden, an welchem man in Ruhe mit einer Fachperson über Probleme und Schwierigkeiten im Alltag reden kann. In der zuvor schon genannten UNICEF-Studie aus dem Jahr 2021 gaben 29 Prozent der Jugendlichen an, mit

niemandem über ihre Probleme zu sprechen. Wir als Gesellschaft müssen lernen, über unsere Gefühle zu reden. Dazu ist Aufklärungsarbeit auf allen möglichen Ebenen erforderlich. Sich Hilfe zu holen, ist keine Schwäche, es ist mutig. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Wir können uns zum Beispiel vorstellen, dass ein Besuch beim Schulpsychologischen Dienst, SPD, analog zum Besuch der Schulzahnklinik institutionalisiert werden könnte.

Die von den Initianten angestossene Idee der Schaffung einer interdisziplinären Fachstelle unterstützt die Alternative Liste, ebenso den Ausbau spezialisierter und unabhängiger Beratungsstellen für werdende Eltern, für junge Familien mit Säuglingen und Kindern im Vorschulalter. Dazu muss Geld in die Hand genommen werden. Es darf aber nicht vergessen werden, dass es sich lohnt, in gute Prävention zu investieren. Denn je früher sich Betroffene Hilfe holen, desto grösser sind die Erfolgschancen und umso tiefer die Folgekosten.

Neben dem Schulpersonal soll auch die Elternschaft präventiv unterstützt werden. Wie kann ich mein Kind beim Bewältigen von Krisen unterstützen, seine Resilienz stärken, oder bei der Medienkompetenz. Es gibt mittlerweile diverse Studien zum Thema negative Auswirkungen von Sozialen Medien auf die Psyche: Nervosität, realitätsferne Körperbilder, Minderwertigkeitsgefühle, Schlafdefizite – ich könnte die Reihe noch fortführen. Auch in diesem Bereich ist sehr viel Aufklärungsarbeit nötig. Medienkonsum wird, wie wir alle wissen, sehr schnell zur Sucht.

Nun zum Fachkräftemangel, dem zweiten Handlungsfeld und der Hauptursache für die langen Wartezeiten: Die Altersstruktur der Zürcher Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater sieht noch prekärer aus als die der Hausärzte. Mit einem Durchschnittsalter von 60 Jahren ist klar, dass sich die Situation zuspitzt. Können wir das nicht abwenden, befeuern wir den Teufelskreis weiter. Es kann nicht Ziel sein, fortlaufend neue Klinikplätze zu schaffen. In dem Bereich hat die Gesundheitsdirektion bereits viel unternommen, was wir sehr begrüßen. Wichtig ist der Alternativen Liste auch das Anliegen des Kantonalverbandes der Zürcher Psychologinnen und Psychologen und der Sektion Vereinigte Schulpsychologinnen und -psychologen des Kantons Zürich, nämlich, dass die Weiterbildung von Psychotherapeutinnen und -therapeuten im gleichen Mass wie der der angehenden Psychiaterinnen und Psychiater finanziell unterstützt werden. Dies ist ein wichtiges Instrument, um die von der Kommission angestrebten sechs Wochen Wartezeit bei ambulanten Terminen zu erreichen. Und last but not least muss eine möglichst rasche Umsetzung der Pflegeinitiative angestrebt werden.

Es ist selten, dass wir hier im Rat grosse Einigkeit haben. Zum Glück ist heute so ein Tag, zum Glück für unsere Jugend. Die Alternative Liste folgt dem Antrag des Regierungsrates und stimmt der Initiative zu. Wir fordern den Regierungsrat dazu auf, bei der Ausarbeitung der Umsetzungsvorlage auf die heute erwähnten Punkte und den ergänzenden Bericht der KSSG einzugehen.

Nur wenn die Gesundheit, die Bildung, die Jugend und die Politik zusammenarbeiten, kann eine Verbesserung herbeigeführt werden.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich begrüße auf der Tribüne zwei Klassen der Rudolf-Steiner-Schule Winterthur. Schön, dass ihr Einblick in unsere Ratsarbeit nehmt.

Wir kommen jetzt zur offenen Runde, Redezeit maximal fünf Minuten.

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch): Josef Widler hat für die Mitte schon vieles gesagt. Ich möchte dennoch nochmals betonen, wie glücklich wir von der Mitte sind, dass der Regierungsrat der Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend zustimmt und dem Kantonsrat empfiehlt, ihn mit der Ausarbeitung einer Vorlage ohne Gegenvorschlag zu beauftragen. Es ist wirklich toll, dass wir hier alle die Wichtigkeit dieser Initiative erkennen und am gleichen Strick ziehen.

Im Bericht des Regierungsrates ist zu lesen, dass aufgrund des Fachkräftemangels die in der Initiative geforderte Frist von vier Wochen für die Aufnahme einer psychiatrischen Behandlung nicht realistisch sei. Wir von der Mitte-Fraktion fordern jedoch, langfristig gesehen, dennoch, dass die Behandlungsaufnahme innert maximal vier Wochen zu erfolgen hat oder eben raschestmöglich. Weiter, schreibt der Regierungsrat, soll die Umsetzungsvorlage die Stossrichtungen in den Bereichen «Prävention» und «Gesundheitsförderung» sowie «kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung» verfolgen. Wir von der Mitte fordern von der Regierung hier allerdings, dass sie eine umfangreichere Umsetzungsvorlage ausarbeitet und sich nicht nur mit der Prävention zufriedengibt. Diese Forderungen gründen nicht einfach so auf «lustig», sondern auf der aktuellsten schweizerischen Gesundheitsbefragung 2022, die ja eben erst erschien. Dort ist der immense Anstieg der erkrankten jungen Erwachsenen sehr gut zu erkennen. Ein trauriges Bild zeigt sich einem da, und deshalb nochmals: Gut, dass sich die Regierung hierfür stark einsetzen möchte.

Abschliessend möchte ich persönlich noch den Mitgliedern der Jungen Mitte, insbesondere Benedikt Schmid, für das riesengrosse Engagement danken. Die Mitte-Fraktion stimmt sehr gerne zu. Merci.

Chantal Galladé (GLP, Winterthur): Eigentlich fordert diese Initiative etwas, das selbstverständlich ist. Eigentlich sprechen wir heute über etwas, das selbstverständlich ist, nämlich, dass in einem der reichsten Länder auf dieser Welt diese Jugendlichen, die psychische Erkrankungen haben, auch zeitnah, schnell entsprechende Unterstützung bekommen. Nun ist das aber leider im Moment nicht der Fall, aus diversen Gründen, sie wurden bereits angesprochen, und trotzdem muss es der Anspruch sein, dass wir das erfüllen können.

Einerseits gibt es einen präventiven Ansatz – ich habe das als Schulpräsidentin sehr stark gesehen, ich sehe es heute, wenn ich jeden Tag an Berufsschulen Jugendliche aus verschiedenen Berufen, mit verschiedenen sozialen Hintergründen unterrichte. Ich sehe das, ich sehe das ganz deutlich: Es gibt viele, die Unterstützung brauchen. Ich habe als Schulpräsidentin Sechs- bis Achtjährige gesehen, die bereits ein Burnout oder Depressionen hatten. Das ist nicht normal, oder? Und das ist dann mit Schulabsentismus, mit allem in Verbindung. Da haben Sie Kinder

und Jugendliche, die sehr schnell nicht mehr in die Schule gehen, Schulabsentismus wird ein Problem. Ich glaube, hier wurde auch einiges getan, aber es braucht noch mehr in der Prävention. Zum Beispiel müssen wir auch Druck aus dem System nehmen. Ich sehe heute auf allen Stufen überladene Lehrpläne und ehrgeizige Freizeitprogramme für Kinder und Jugendliche und da möchte ich auch mal zum Herunterfahren aufrufen, neben anderen präventiven Massnahmen und neben der Unterstützung, die sie, wenn sie es benötigen, wirklich zeitnah bekommen. An dieser Stelle möchte ich der Jungen Mitte ein ganz grosses Lob aussprechen, dass sie die Initiative gemacht hat, gesammelt hat, das durchgebracht hat, wirklich Kompliment! Sie hat die Not der gleichaltrigen Jugendlichen aufgenommen und das politisch umgesetzt.

Mich hat, als ich den Bericht gelesen habe, das Abstimmungsverhalten von Kollege Widler, wenn ich das richtig interpretiert habe, etwas irritiert. Aber ich habe Ihnen heute gut zugehört, auch der zweiten Sprecherin der Fraktion, und gehe deshalb beruhigt davon aus, dass auch Sie sagen: Vier Wochen Wartefrist ist richtig und wir brauchen entsprechende Mittel für die Weiterbildung der Psychologinnen und Psychologen. Ich bin beruhigt, dass wir da einer Meinung sind.

Es braucht verschiedene Massnahmen. Wenn ich zum Beispiel sehe, dass es immer noch Lehrgeschäfte gibt, die, wenn ein Jugendlicher während der Arbeitszeit zum Psychologen geht, dies als Minusstunden verrechnen, dann sage ich: Das ist falsch. Denn wenn ein Jugendlicher zum Arzt geht, gibt es auch keine Minusstunden. In solchen Bereichen müssen wir auch ansetzen in der Umsetzung, neben dem, dass wir schnell Termine brauchen. Wir haben das an verschiedenen Orten und da müssen wir auch über eine Enttabuisierung reden. Wir müssen enttabuisieren, dass die Todesursache Nummer 1 bei den Jugendlichen in unserem Land immer noch der Suizid ist und dass wir eines der Länder mit der höchsten Suizidrate sind; enttabuisieren, dass über ein Drittel der Jugendlichen psychische Probleme hat, und enttabuisieren, dass 11 Prozent schon einen Suizidversuch hinter sich haben. Über all das müssen wir reden: über Enttabuisierung, über Prävention und über Geschwindigkeit. Denn vier, sechs, acht Wochen oder sechs Monate, wie ich es zum Teil bei Jugendlichen sehe, sind bei uns Nuancen in der Zeit, bei psychisch kranken Jugendlichen ist es das nicht. Wenn Sie einen Blinddarm oder einen Armbruch haben, dann warten Sie auch nicht sechs Monate auf die Behandlung.

Patrick Hässig (GLP, Zürich): Vielleicht haben Sie den Bericht gestern in der NZZ ebenfalls gelesen.: Der Initiant von «Gesunde Jugend jetzt!», Benedikt Schmid, sagt, dass Tiktok (*Social-Media-Plattform*) einen krankmache. Danke für diese Aussage, Benedikt, und willkommen heute Morgen bei uns im Ratssaal (*Benedikt Schmid verfolgt die Debatte von der Tribüne aus*). Auch zieht Benedikt Schmid Vergleiche heran und sagt, Zitat: «Stell dir vor, du brichst dir den Arm, aber musst zwölf Monate auf einen Termin beim Arzt warten. Was passiert? Der Arm wächst falsch zusammen. Dann musst du dein Leben lang in die Therapie gehen oder den Arm nochmals brechen, damit er behandelt werden kann.» Die Folgen, wenn psychisch erkrankte Leute nicht oder zu spät behandelt werden, sind

immens. Solange wir im Kindernotfall, auf dem ich arbeite, 15-jährige betreuen, welche mit 1,6 Promille im Blut durch die Sanität eingeliefert werden, da sie Probleme mit Mobbing in der Schule haben und nicht damit klarkommen oder wir regelmässig 14-jährige mit Magersuchtproblemen sehen oder 12-jährige eingeliefert werden, die infolge von Überforderung ihren Kopf an die Wand schlagen, bis sie bluten und dadurch Hemianopsien, also Gesichtseinschränkungen aufweisen, haben wir mehr als Handlungsbedarf, dass psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen früher erkannt werden und viel früher behandelt werden sollten, als es heute der Fall ist.

Was leider hinzukommt, ist, dass ein grosser Teil der Gesellschaft, auch die Elternschaft, nicht gerne und öffentlich über psychische Erkrankungen ihrer Mitmenschen oder Kinder sprechen. Bei einem Beinbruch oder einer Blinddarmentzündung – Chantal Galladé hat es vorher gesagt – steht man dazu, spricht man es an, reagiert man sofort, bekommen wir auch sehr schnell die nötige Hilfe, weil es sichtbar ist und weil es auch von der Gesellschaft akzeptiert wird. Ein Vater eines jungen Knaben hat mir einmal beim Arbeiten gesagt: Wissen Sie, mein Bub ist nicht krank, er braucht doch keine Medikamente. Dabei wurde bei ihm bereits vor mehreren Jahren ein ausgeprägtes ADHS (*Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörung*) diagnostiziert. Er wurde schliesslich ins Spital eingeliefert, weil er suizidale Gedanken äusserte. Er war ebenfalls zwölf Jahre alt. Dass er nebst dem ADHS mit seinem Übergang in die Sek Mühle hatte, wurde verdrängt, ignoriert von den Eltern.

Diese Initiative ist nur schon deshalb wichtig, damit die Bevölkerung in Zürich, in der Schweiz sensibilisiert wird. Das Tabuthema «Psychisch-krank-sein» muss aufgebrochen werden. Es wäre tatsächlich ein Erfolg, wenn wir nun einstimmig für diese wichtige Initiative stimmen würden. Das wäre ein Zeichen. Lassen wir den Regierungsrat eine Vorlage ausarbeiten. Besten Dank.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Als kleiner Hinweis: Da kein Ablehnungsantrag gestellt wurde, werden wir nicht abstimmen. Wir sind einstimmig; dies einfach für alle, die davon sprechen, dass wir abstimmen werden.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Wir sind uns heute einig, der Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgungsleistungen nimmt zu. Es ist wichtig, dass diese Jugendlichen nicht monatelang auf eine Unterstützung und Beratung warten können und warten müssen. Deshalb ist diese Initiative zu begrüessen, das haben wir heute zur Genüge gehört. Ich möchte aber den Blick noch auf einen anderen Punkt werfen: Psychische Probleme Jugendlicher können sich nachhaltig auch erschwerend auf den Verlauf der beruflichen Grundbildung und der beruflichen Ausbildung auswirken, Erhebungen und statistische Daten deuten klar darauf hin. Auch ein grosser Teil der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, also die Ausbilderinnen in den Betrieben und die Ausbilder in den Lehrbetrieben stellen das fest und sind zunehmend mit psychischen Problemen ihrer Lernenden konfrontiert. Und auch die Berufsbildner wünschen sich hier eine Lösung und eine Unterstützung.

Eine Auslegeordnung des Bundes, der Tripartiten Kommission des Bundes, der Tripartiten Berufsbildungskommission des Bundes – ich darf dieser Organisation oder diesem Gremium angehören – kommt zum Schluss: Die junge Bevölkerung war im Herbst 2022 weiterhin stärker psychisch belastet als vor der Covid-19-Pandemie. Insbesondere hat man dies bei den 15- bis 24-jährigen festgestellt. Zweitens: Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau sollen ein grösseres Risiko haben, hat man in einer Studie herausgefunden. Das zeigt sich in den Symptomen der Depression, bei Paniksymptomen oder bei Symptomen einer posttraumatischen Belastungsstörung. Personen mit Migrationshintergrund der ersten Generation, vor allem aus Südwesteuropa oder Osteuropa, sollen tendenziell stärker belastet sein; auch das eine Erkenntnis. Und sodann verweise ich auf den Bildungsbericht 2023 der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Er spricht das Problem der Suizidrate an, was auch bereits genannt worden ist. Eine Befragung von Berufsbildnerinnen und Berufsbildern in der Deutschschweiz im Rahmen der Studie «Umgang mit psychisch belasteten Lernenden» bestätigt diese Einflussfaktoren.

Also, wir sind uns einig: Die Initiative muss unterstützt werden. Und ich bitte einfach, in der Umsetzung dieser Initiative auch dem Bereich der beruflichen Grundbildung und Weiterentwicklung der Jugendlichen ein besonderes Augenmerk zu geben. Danke.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Die Einigkeit in diesem Rat ist beeindruckend, fast etwas irritierend. Man kann sich vorstellen: Wenn man sich so einig ist, dann versteckt man einige Uneinigkeiten hinter Voten oder allenfalls besteht die Gefahr, dass eine Vorlage noch nicht konkret genug ist, um sich daran zu spalten. Das ist selbstverständlich hier der Fall. Zwei Punkte muss ich deshalb zum Gesagten noch anmerken:

Erstens möchte ich noch einmal festhalten: Die Annahme, dass mit den bereits geschaffenen Massnahmen schon 90 Prozent der Initiative umgesetzt sei, die ist schlicht falsch, nein, sie ist sogar gefährlich. Wenn man der SVP-Sprecherin ganz am Anfang zugehört hat, dann könnte man meinen, dass die Gesundheitsvorsteherin für die Umsetzung dieser Initiative knapp noch einen umfassenden Bericht schreiben müsse und dann ist Arbeit erledigt. Ich glaube aber, dass die Voten in diesem Rat und die erdrückende Mehrheit für den Bericht zur Initiative und die explizite Aufforderung zur Reduktion der Wartezeiten und zur Finanzierung weiterer Ausbildungsmöglichkeiten, Weiterbildungsmöglichkeiten eine klare Sprache sprechen. Hinter diese Forderungen darf eine Umsetzungsvorlage unter keinen Umständen zurückfallen, sonst wird die Regierung dieser Initiative nicht gerecht. Frau Rickli, ich fordere Sie dazu auf, in Ihrem Votum anschliessend ein klares Bekenntnis abzugeben zu, erstens, diesen sechs Wochen, die der Rat fordert, und, zweitens, zur Weiterbildungsfinanzierung für Psychologinnen und Psychologen.

Zweitens: Wenn alle von Prävention sprechen, braucht es, glaube ich, auch in diesem Rat etwas mehr Ehrlichkeit. Die Gründe für psychische Probleme von Kindern und Jugendlichen liegen nämlich noch tiefer. Sie liegen unter anderem

darin, dass junge Menschen in einer krisengeschüttelten Welt aufwachsen, in einer Welt, in der Schlagzeilen von Kriegen und Krisen die Tagesordnung wieder prägen, in der viele junge Menschen nicht wissen, ob sie auf diesem brennenden Planeten in 30 Jahren noch ein lebenswertes Leben führen können.

Die Probleme liegen im ständigen, allumfassenden Leistungsdruck, dem unter anderem meine Generation und noch jüngere Menschen ständig ausgesetzt sind. Der Leistungsdruck umfasst dabei nicht mehr nur die Ausbildung, die Schule und das Arbeitsleben, nein, sie umfasst auch das Freizeitleben, die ständige Vergleichbarkeit, die Verwertung jeder einzelnen Stunde unserer Woche. Ja, dazu gehören auch die sozialen Medien. Diese sind, wie das Internet, nicht per se schlecht, sie ermöglichen die Vernetzung rund um die Welt, eröffnen neue Horizonte. Aber hinter diesen sozialen Medien stehen, wie bei vielen anderen, nicht gemeinnützige Motive, nein, es stehen dahinter knallharte Profitinteressen. Die grossen Tech-Konzerne haben nicht das Motiv und das Interesse uns einen gesunden, guten Konsum von digitalen Inhalten zu ermöglichen, nein, sie haben das Ziel, uns möglichst viele Stunden pro Tag an unsere Bildschirme zu fesseln, um die Werbeeinnahmen zu maximieren. Das überfordert viele Menschen, ja, es überfordert auch mich von Zeit zu Zeit, wenn ich ganz ehrlich bin. Und ja, das kapitalistische System, auch wenn Sie es selten hören mögen, das hilft nicht dabei, die psychische Gesundheit unserer Jugend zu stärken.

Zuletzt werden psychische Probleme auch durch soziale Ungleichheiten und Prekarität verstärkt, das wurde bereits kurz angestossen. Unsichere familiäre Verhältnisse, Armut und so weiter verstärken diese Probleme. Der Kampf gegen Armut und für stabile finanzielle Interessen für Familien und Alleinerziehende hilft eben auch gegen psychische Probleme bei jungen Menschen. All dies sind wichtige Faktoren, um die Gesundheit unserer Jugend zu stärken. Und deshalb, ich komme zum Schluss: Ja, wir müssen die Prävention stärken. Aber seien wir so ehrlich, in Zukunft auch bei grundlegenden Fragen unsere Jugend, unsere Kinder und ihre psychische Gesundheit ernst zu nehmen und auch dort Taten und nicht nur Worte folgen zu lassen. Herzlichen Dank.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Voller Erfolg für die Junge Mitte mit ihrer Initiative «Gesunde Jugend jetzt!», unsere Initiative wird nicht nur von der Regierung entgegengenommen, nein, auch die Kommission stimmt einstimmig zu. In meinen zehn Jahren Kantonsrat habe ich das bisher nicht erlebt. Das Problem wird also endlich erkannt, nun muss die Regierung eine Umsetzungsvorlage erarbeiten. Wie, ist Sache der Regierung, und hier gibt es verschiedene Schwerpunkte, welche angegangen werden müssen. Ein Schwerpunkt muss auf der Prävention liegen, das haben wir mehrfach gehört. Wie wichtig das ist, brauche ich nicht zu wiederholen. Aber ich möchte doch noch erwähnen, dass auch die Eltern stärker einbezogen werden müssen. Nicht nur Fachpersonen, sondern auch Eltern können, nein, müssen mithelfen, die Resilienz bei Jugendlichen zu fördern und zu stärken.

Der zweite Punkt ist eine schnellere Behandlung. Die Initianten forderten vier Wochen, die Kommission schlägt der Regierung sechs Wochen vor. Dass die

Mitte in der Minderheit erwähnt wird, welche die Frist von sechs Wochen aus Kostengründen kritisch betrachtete, stimmt so nicht. Es gab keine Abstimmung über die Frist und es wird auch heute keine Abstimmung darüber geben.

Wichtig ist, dass je nach Fall Jugendliche eine möglichst rasche Aufnahme der Behandlung erhalten. Das muss in einzelnen Fällen auch innert weniger als vier oder sechs Wochen sein. Für eine Verbesserung aber muss sich die Regierung ein Ziel setzen. Die Mitte unterstützt das Anliegen der Initianten, es muss schneller gehen. Sechs Wochen sind anzustreben, aber in dringenden Fällen muss es sogar noch schneller gehen. Und an erster Stelle steht die Prävention. Das ist der Auftrag der Mitte an die Gesundheitsdirektion für die Umsetzung der Initiative «Für eine gesunde Jugend jetzt!».

Daniela Rinderknecht (SVP, Wallisellen) spricht zum zweiten Mal: Ich habe zwei Punkte. Ich möchte einfach nochmal erwähnen: Die Initiative wurde am 24. Februar 2023 eingereicht. Am 29. Juni 2023 hat die Regierung bereits die Zustimmung beantragt. Nennen Sie mir bitte ein Geschäft, das von der Direktion so schnell bearbeitet wurde. Und ja, ich finde, es sind sehr viele Punkte von der Gesundheitsdirektion bereits umgesetzt, und das vor 2023. Die ersten Punkte waren 2021, Danke fürs Zuhören, Herr Siegrist.

Der zweite Punkt ist: Es ist mir bei den Worten aufgefallen – bis auf jetzt gerade bei Frau Bürgin –, dass die Eltern, die Familien praktisch nicht erwähnt wurden. Es ist klar: Jedem von uns kann es passieren, so auch den Kindern, dass man psychisch erkrankt, dass man in ein Loch fällt. Das kann es geben. Dennoch erachten wir die Eltern in den meisten Fällen als wichtige Bezugspersonen für Kinder. Eltern kennen ihre Kinder. Eltern spüren, wenn vielleicht etwas nicht mehr gut ist. Und Eltern sollen, können, müssen, dürfen dann in die Pflicht genommen werden. Sie müssen Verantwortung übernehmen. Ein Zwölfjähriger weiss vielleicht noch nicht so gut, was ihm gut tut mit Social Media. Die Eltern wissen es, spüren es, und genau da braucht es die Eltern wie auch nachher auf dem Weg. Ich danke Ihnen.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Ich begrüsse sehr, dass die Initianten diese Volksinitiative in Form einer allgemeinen Anregung eingereicht haben und das Thema der psychischen Gesundheit aufgreifen. Wir stellen die Entwicklung in diesem Bereich ja seit längerem fest. Der Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgungsleistungen nimmt zu – im Kanton Zürich, in der Schweiz, aber natürlich auch weltweit. Es gibt vielfältige Gründe dafür, einige haben Sie schon erwähnt, ich komme noch darauf. Eine von der UNICEF in Auftrag gegebene Studie nennt zum Beispiel schlechte Kindheitserfahrungen, Belästigungen und Mobbing in der Schule, fehlende Unterstützung aus dem engen Umfeld der Kinder und Jugendlichen als Gründe, die die psychische Gesundheit beeinträchtigen. Auch die Pandemie oder aktuelle Kriege – man muss sie ja leider in der Mehrzahl benennen – wirken sich natürlich auf die psychische Gesundheit aus, eine Situation, die wir alle so in den letzten Jahren, Jahrzehnten nicht gekannt haben. Es gibt auch verschiedene Studien, die einen Zusammenhang zwischen übermässigem Konsum

von sozialen Medien und der Zunahme von psychischen Erkrankungen, wie Depressionen oder Angststörungen, aufzeigen. Ganz generell hat zu viel Zeit vor dem Bildschirm negative Auswirkungen, wir kennen das ja alle selber auch, aber natürlich besonders auf die Kinder und Jugendlichen. So kann damit zum Beispiel eingeschränkte Bewegung sehr negative Folgen haben, zum Beispiel in Form von Haltungsschäden oder auch Sprachstörungen. Die Kinder sind in der Alltagsmotorik und in der Körperwahrnehmung eingeschränkt. Zu früher und zu viel Handykonsum kann sich aber auch negativ auf geistige und gefühlsmässige Entwicklungen von Kindern auswirken. Hier sind vor allem auch die Eltern gefordert, die Erziehungsverantwortung wahrzunehmen, Stichwort: das Handy nicht mitnehmen ins Schlafzimmer. Ich glaube, da können wir alle nur für die Kinder in unserem Umfeld sorgen.

In den vergangenen Jahren fand auch eine Enttabuisierung statt, und das ist auch positiv und mit ein Grund, warum wir eine steigende Nachfrage haben. Vielleicht kann ich dazu selber etwas sagen, denn ich selber hatte ja eine Depression. Ich hatte diese öffentlich gemacht vor etwa elf Jahren. Es war mir wichtig, Transparenz zu schaffen und einen Beitrag zur Enttabuisierung zu leisten, und ich werde noch heute oft darauf angesprochen. Das freut mich auch, wenn ich einen Beitrag leisten konnte. Insofern ist es nicht schlecht, wir reden darüber. Darum möchte ich die Voten zurückweisen, die heute sagen oder auch von den Initianten kommen, dass wir nicht darüber reden würden. Ich glaube, das Gegenteil ist heute der Fall, ich komme später noch einmal darauf. Kantonsrat Hässig hat vorher Tiktok angesprochen. Ich glaube, manchmal verkehrt es fast ins Gegenteil. Jedenfalls war es mir wichtig, darüber zu reden, aber auch nur kurz. Ich habe nur zwei Interviews dazu gegeben, ich finde, das reicht dann auch, denn man steht ja als Politikerin dann wieder im Zentrum und möchte nicht mit seiner eigenen Krankheitsgeschichte politisch für Aufmerksamkeit sorgen, das machen andere ja auch nicht. Trotzdem hat mir meine Depression, meine Geschichte geholfen, das Ganze besser einschätzen zu können, aus eigener Erfahrung zu wissen, was es heisst, eine Depression zu haben, was es heisst, damit umzugehen, auch für das Umfeld, was es auch heisst, fremde Hilfe, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das kommt mir jetzt natürlich als Gesundheitsdirektorin entgegen, wenn es nämlich darum geht, für psychische Krankheiten gute Angebote aufzustellen und hier etwas entgegenzuwirken.

Wie bereits erwähnt, es ist wichtig, dass neben dem Gesundheitswesen und den Schulen auch die Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen. Es macht mich nämlich betroffen, wenn ich in dieser UNICEF-Studie lese, dass die Kinder und Jugendlichen sagen, sie hätten einfach niemanden mehr zum Reden, und mit ihren Problemen und Sorgen alleingelassen werden, oder eben – ich habe es gesagt –, dass sehr kleine Kinder viel Zeit vor iPads oder Handys verbringen. Was das für vielfältige negative Folgen haben kann, habe ich bereits ausgeführt. Kürzlich habe ich eine interessante Puls-Sendung auf SRF (*Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft*) gesehen mit dem Titel «Generation Bildschirm». Alle, die die Sendung noch nicht gesehen haben, holen Sie das doch nach. Es ist wirklich erschreckend,

was das für Konsequenzen hat, wenn schon die kleinsten Babys und Kinder vor die Bildschirme gesetzt werden.

Es wurde hier auch schon gesagt, der Kanton Zürich hat schon viel getan und viel umgesetzt und wir erfüllen bereits einen Grossteil der Forderungen der Volksinitiative. Eine Differenz – wir haben es gehört – besteht bei der geforderten Frist von vier Wochen Behandlungsaufnahme, die eingehalten werden müsse. Und hier ist es mir wichtig zu betonen und vielleicht auch für die Journalisten, die hier mitschreiben: Wir müssen unterscheiden zwischen dem stationären und dem ambulanten Bereich. Notfälle werden immer und sofort behandelt und auch gleichentags, auch Suizidgefährdete. Dringende Fälle finden in unseren Kliniken innerhalb von zwei Wochen spätestens einen Termin. Wir haben – ich komme noch darauf – im ambulanten Bereich allerdings längere Wartezeiten; wobei hier sechs oder neun Monate oder zwölf Monate, wie es hier gesagt wurde, nicht die Norm ist, aber es gibt sie. Das ist nicht akzeptabel und daran werden wir entsprechend arbeiten.

Wir arbeiten auch an wichtigen Themen wie zum Beispiel der Prävention, zum Beispiel die Kampagne «Wie geht's dir?». Ich weiss nicht, wer von Ihnen sie kennt. Es ist nämlich wichtig, das Umfeld auch anzusprechen, nicht nur, dass wir hier darüber reden, sondern dass wir auch aufmerksam sind in unserer Familie, in unserem Freundeskreis oder darüber hinaus auf die Leute reagieren und sie ansprechen und versuchen, sie mitzunehmen. Wir haben hier auch ein kantonales Schwerpunktprogramm «Suizidprävention». Hier werden spezifische Unterrichtsmaterialien aufbereitet und Weiterbildungen für Fachpersonen durchgeführt. Dies findet directionsübergreifend statt.

Wir haben es auch schon gehört heute, die psychischen Belastungen finden häufig in der Schule statt und werden auch von Lehrpersonen, Schulsozialarbeitenden oder Mitschülern bemerkt. Deshalb arbeiten wir im Bereich der Prävention auch eng mit der Bildungsdirektion zusammen. Der Regierungsrat hat im Mai 2022 beschlossen, im ganzen Kanton Notfallteams der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen, um niederschwellig zu helfen. Erst kürzlich hat der Regierungsrat zudem die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit an Zürcher Mittel- und Berufsfachschulen beschlossen, das gibt es ja an den Volksschulen bereits seit längerem. Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges Beratungsangebot in Schulen, das hilft, allfällige Probleme frühzeitig zu erkennen.

Bereits in der letzten Legislatur setzte der Regierungsrat einen Schwerpunkt im Bereich der psychiatrischen Versorgung und Prävention und setzt diesen Schwerpunkt auch in dieser Legislatur fort. Wir haben zwei Massnahmenpakete beschlossen, die Sie wahrgenommen haben, wie ich bemerkt habe. Wir haben somit die Kinder- und Jugendpsychiatrie entlastet und konnten die Wartezeiten bereits verringern. Die PUK hat im Oktober 22 ein Kriseninterventionszentrum für Jugendliche eröffnet. Die IPW hat eine neue Tagesklinik eröffnet und ein neues bestehendes ambulantes Angebot weiter ausgebaut. Im Rahmen der Spitalplanung 2023 hat Clenia Littenheid einen Leistungsauftrag für einen neuen Standort in Oetwil am See erhalten. Diese soll im Sommer/Herbst 2024 betriebsbereit sein.

Neben der Akutversorgung von bereits erkrankten Kindern und Jugendlichen sind vor allem auch gesundheitsfördernde und präventive Massnahmen wichtig. Eines unserer vier kantonalen Aktionsprogramme widmet sich denn auch der Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. In diesem Rahmen wird eine breite Palette verschiedenster Angebote im Vorschulbereich, in Schulen und im Freizeitbereich unterstützt.

Ich habe es vorhin dargelegt, im stationären Bereich erreichen wir bereits diese Vier-Wochen-Frist, und es ist mir wichtig zu betonen, auch wenn wir heute aus diesem Saal gehen: Notfälle und dringende Fälle werden rasch behandelt. Aber wir haben es auch gesagt, im Bereich der ambulanten Versorgung haben wir teilweise einen Fachkräftemangel. Das hat aber auch – wir müssen es festhalten – verschiedene Ursachen. Die Realität, der wir auch ins Auge blicken müssen: Wir haben ein grosses Bevölkerungswachstum. Der Kanton Zürich ist in den letzten zehn Jahren um 12 Prozent gewachsen. Das entspricht ungefähr der Einwohnerschaft des Zürcher Oberlandes. Es ist ja klar, dass, wenn wir so viel mehr Leute haben und eine Zunahme der Nachfrage in diesem Bereich, dass es mehr Fachpersonal braucht. Wir können gar nicht genügend Fachpersonal in die Schweiz holen oder ausbilden in dieser kurzen Zeit. Darum ist auch die Vier-Wochen-Frist, wie sie in der Initiative beschrieben ist, nicht realistisch. Wir haben es beim Fachkräftemangel aber auch mit gesellschaftlichen Fragen zu tun. Viele Leute wollen mehr Teilzeit arbeiten. Jetzt können Sie sich ausrechnen: Mehr Einwohner, mehr Nachfrage gerade in diesem Bereich, weniger Fachpersonal und eine Reduktion der Arbeitszeit, das stellt uns vor grosse Herausforderungen. In diesen Herausforderungen geben wir das Beste. Ich bin sicher, Sie auch, aber es wäre einfach vermessen, hier schnelle Lösungen zu versprechen, welche nicht realistisch sind. Mehr Leute auszubilden, braucht Zeit, und das ist nicht von einem Tag auf den anderen möglich. Und die Berufsrichtung, natürlich können wir etwas darauf hinwirken. Sie haben es auch schon gehört, wir haben verschiedene Massnahmen getroffen. Aber wir können die Leute auch nicht zwingen, in diesem Bereich tätig zu werden. Ich glaube, hier können wir auch vorangehen und positiv über das Gesundheitswesen sprechen. Denn ich glaube, eines der Probleme ist, dass wir immer sagen, wie schlimm das alles sei im Gesundheitswesen. Dabei haben wir, auch mit Blick aufs Ausland, immer noch eine hervorragende Gesundheitsversorgung. Das ist mir wahnsinnig wichtig zu betonen. Und wenn wir wollen, dass wir Leute nachziehen können in allen Gesundheitsberufen, auch in der Psychiatrie, auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, dann müssen wir auch über den Sinn und die Wichtigkeit dieser Tätigkeiten sprechen. Wir werden – Sie haben es gelesen – an verschiedenen Orten gleichzeitig ansetzen. Aus diesem Grund sind wir auch bereit, die Volksinitiative entgegenzunehmen. Wir wollen den Fokus bei der Umsetzung auf die Prävention legen, insbesondere mit niederschweligen vorgelegerten Angeboten im Bereich der Prävention und Früherkennung. Denn – das haben einige von Ihnen auch schon erwähnt – es ist immer besser, wenn gar kein Psychiater notwendig ist. Kinder und Jugendliche mit Problemen sollen möglichst früh aufgefangen werden können, damit eben in vielen Fällen gar keine psychiat-

rische Behandlung nötig ist. Da neben den Eltern und dem engen Umfeld der Kinder und Jugendlichen auch den Schulen eine wichtige Rolle zukommt, wollen wir bei der Umsetzung weiterhin eng mit der Bildungsdirektion zusammenarbeiten. Wie ich gehört habe, gibt es heute gar keine Abstimmung. Somit freue ich mich sehr, dass Sie den Antrag des Regierungsrates und der vorberatenden Kommission einstimmig unterstützen. Wir machen uns an die Arbeit.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Somit wird der Regierungsrat beauftragt, eine ausformulierte Vorlage auszuarbeiten, die der Initiative entspricht.

Das Geschäft ist erledigt.